

PRESSEINFORMATION 98/2021

Wertvolle Unterstützung für Start-ups

BWIHK begrüßt Fortführung der Frühphasenfinanzierung Start-up BW Pre-Seed

Stuttgart, 15. Dezember 2021 – Die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern begrüßen die heute von der Landesregierung verkündete Fortführung des Förderprogramms „Start-up BW Pre-Seed“ für junge Start-ups. „Das Programm leistet wertvolle Unterstützung bei der Umsetzung und Entwicklung von innovativen Geschäftsmodellen. Die Fortführung von Start-up BW Pre-Seed bis Jahresende 2022 ist daher ein wichtiger und folgerichtiger Schritt der Landesregierung“, betont Christof Geiger, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der für die Gewerbeförderung im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) federführenden IHK Heilbronn-Franken.

Das im Dezember 2018 gestartete Programm schließt eine Finanzierungslücke in der frühen Phase der Unternehmensgründung. Während dieser Phase sind private und institutionelle Anleger aufgrund des finanziellen Risikos eines Engagements oftmals noch zurückhaltend. „Durch die Frühphasenförderung im Rahmen von Start-up BW Pre-Seed können noch mehr Erfolg versprechende Start-ups im Land finanzierungsreif für Anleger gemacht werden. Dies erhöht deren Entwicklungschancen spürbar und trägt zur nachhaltigen Markteinführung von neuen Produkten und Dienstleistungen bei“, so Geiger weiter.

Diese und weitere Presseinformationen: www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIHK | FF Gewerbeförderung
IHK Heilbronn-Franken
Stefan Gözl
Telefon 07131 9677-303
E-Mail: stefan.goelz@heilbronn.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedsammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.